

27.04.2014

Leserbrief zum Beitrag: *Mission „Rücken stärken“*, der am 24.04.2014 in der Märkischen Oderzeitung, S. 3, erschien

Die Krise in der Ukraine schürt die Angst vor dem Expansionismus Russlands, berichtet die Märkische Oderzeitung am vergangenen Samstag. Dieser Eindruck wird durch die Entwicklung in der selbsternannten Republik Transnistrien, einem abgespaltenen Teil der Republik Moldau, in dem vornehmlich Russen und Ukrainer leben, scheinbar gestärkt. Russland handelt, so die Botschaft, expansionistisch, während die NATO-Staaten Frankreich und Deutschland mit ihrer Mission „Rücken stärken“, einer gemeinsamen Reise der Außenminister nach Moldau und Georgien, als die Friedensstifter dargestellt werden.

Es ist sinnvoll, sich etwas detaillierter mit der Geschichte der Region zu befassen, um zu verstehen, was in diesen Krisengebieten derzeit passiert. Nach dem Erstarken nationalistischer Kräfte in der Zeit der Perestroika in den 1980er Jahren und der Machtübernahme der Frontul Popular din Moldova, einer nationalistischen rechten Partei, gingen die neuen Machthaber in Moldau besonders gegen die slawische Bevölkerungsminderheiten vor. Russisch wurde 1989 als Amtssprache abgeschafft, Diskriminierungen gegen Minderheiten nahmen zu, die Rumänisierung des Landes wurde forciert. Die Angliederung an die Republik Rumänien machte die Runde. All das führte in den slawisch besiedelten Gebieten, besonders in Transnistrien, zu starken Protesten und letztlich zu militärischen Konflikten, in denen viele Menschen starben. Immerhin vermeldet die Märkische Oderzeitung, dass Russland 1992 einen Waffenstillstand erzwang und seitdem gemeinsam mit Soldaten aus der Ukraine, Moldaus und Transnistriens den Waffenstillstand überwacht, was in der gegenwärtigen Situation kaum zu glauben ist. 2006 stimmten 97 Prozent der Menschen in Transnistrien für die Angliederung an Russland. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung sind Russen. Dass annähernd 30 Prozent Ukrainer sind, findet keine Erwähnung. Vielleicht passt es nicht ins Konzept der politischen Meinungsbildung.

Die Karpatenregion und der Kaukasus, wo viele verschiedene Völker leben, gleichen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einem Pulverfass, vergleichbar mit dem ehemaligen Jugoslawien. Die ungelösten Probleme der dort lebenden Menschen spielten bisher nur eine marginale Rolle in der internationalen Politik, kaum verwunderlich. Schließlich interessiert es die EU auch nicht ernsthaft, Menschenrechte in Mitgliedsländern wie Lettland durchzusetzen. Dort sind 14 Prozent der Bevölkerung, vor allem Russen, „Nichtbürger“, denen die Staatsbürgerschaft verwehrt wird. Zwar hat der Europäische Gerichtshof notwendige Veränderungen angemahnt, kritische Forderungen aus Deutschland oder anderen EU-Staaten zur Beseitigung dieser Rechtsverletzung sind nicht ernsthaft zu vernehmen. Auch wird in den Mainstreams bestenfalls als Randnotiz vermeldet, dass alljährlich am 16. März der lettischen Waffen-SS gedacht wird, die heute als Volksbefreier gefeiert wird. Muss nun auch Lettland mit einer Aggression Russlands rechnen, weil dort Russen leben?

So wenig wie vor dem Ukraine Konflikt die Problemen der Menschen in den Vielvölkerregionen Osteuropas von Interesse waren, benutzen Nationalisten und westliche Globalstrategen diese nun zur Begründung für ihre Ziele, die NATO-Staaten, allen voran die USA, für die Ausweitung und Zementierung ihres Einflusses in Osteuropa, an den Grenzen zu Russland. Welchen Zweck aber sollte Russland mit einer Expansionspolitik gegen NATO-Bündnispartner wie die

baltischen Staaten, Polen oder gar Rumänien haben, die nun eine stärkere Präsenz der NATO forderten, was wohlwollend Gehör fand? Wer glaubt, Russland würde expansionistische Ziele verfolgen und gegen die NATO einen bewaffneten Konflikt riskieren, der ist entweder ein Narr oder aber ein kühler Stratege, der bewusst Desinformation betreibt, um eigene geopolitische und wirtschaftliche Interessen zu verschleiern. Wie auch immer der Konflikt in der Ukraine und in den angrenzenden Krisengebieten ausgehen mag, eines scheint jetzt schon klar. Die NATO unter der Führung der USA haben sich ihre Argumente geschaffen, ihre Expansion gen Osten voranzutreiben, ungeachtet der Sicherheitsinteressen Russlands. Dass Naziparteien wie der „Rechte Sektor“ und „Swoboda“ in der Ukraine kräftig mitmischen und zur „Vollendung der nationalen Revolution“ gegen die Russen aufrufen, wenn der „Rechte Sektor“ mit Billigung ukrainischer Sicherheitsbehörden und des Innenministeriums zu diesem Zweck Spezialbataillone wie „Donbass“ aufstellen darf, klingt es nach Endkampf im Sinne des zum Volkshelden avancierten ukrainischen Nationalisten und Nazikollaborateurs Stepan Bandera, der im Übrigen bis zu seinem gewaltsamen Tod 1959 unbescholten in München lebte.

Umso wichtiger ist es, dass die Zivilgesellschaft Europas mit der OSZE die Initiative ergreift und den Militärstrategen der NATO das Wort entzogen wird. Weder militärische Drohgebärden noch Sanktionen gegen Russland und die Dämonisierung der russischen Politik werden die in der Ukraine und in den angrenzenden Gebieten schwelenden Konflikte lösen helfen. Miteinander reden ist in der gegenwärtigen Situation mehr denn je notwendig, so wie kürzlich in Leipzig der „Petersburger Dialog“ seine Fortsetzung fand. Statt das Gespräch mit Russland zu suchen, sagte hingegen Bundeskanzlerin Merkel die russische-deutschen Regierungskonsultationen ab, plädieren die NATO-Staaten für weitere Sanktionen gegen Russland. So löst man keine Konflikte.

D. Barkusky